

DAS NETZ IST DER MARKT

Governance in der Onlineökonomie

von

Bernd Lutterbeck

(erscheint in: Das Parlament, 11.9.1998)

Das Versprechen der Informationsgesellschaft ist die Entfesselung beispielloser Produktivkräfte durch die bloße Kraft des Geistes. Ich denke, also produziere ich!

Am Ende seines epochalen dreibändigen Werkes über die Ökonomie und die soziale Struktur der Informationsgesellschaft leistet sich der spanische Sozialwissenschaftler Manuel Castells einen Hauch von Emphase, um die heutige Weltgesellschaft auf den Begriff zu bringen: Geist und Wissen, die sich in einer vernetzten Struktur weltweit entfalten. Technologisches Substrat dieser Einsicht ist das Internet, die grundlegende Infrastruktur für die weltweite Erzeugung und Verbreitung von Wissen.

Diese Sicht wird von Politikern und Fachleuten durchaus geteilt: Kein Dokument, komme es aus der OECD, der Europäischen Union, der WTO oder der Clinton-Administration, verzichtet daher auf das Attribut *Internet Revolution*. Präsident Clinton hat sich am 1.7.1997 mit dem Satz "The creation of the global Internet will transform our lives." an die amerikanische Öffentlichkeit gewandt und damit die Hoffnung auf viele Millionen neuer Arbeitsplätze zum Ausdruck gebracht.

Auch ein eher nüchterner Blick auf das Muster der Beziehungen kann die immer weiter wachsende Bedeutung des Internet nicht übersehen: Allerdings belegen die aktuellen Nutzerzahlen den erhofften ökonomischen Durchbruch noch nicht. Selbst in den USA benutzen nur sehr wenige Konsumenten das Netz für geschäftliche Transaktionen. Das Netz wird weit überwiegend genutzt, um leichter an Informationen heranzukommen. Der in Berkeley lehrende Ökonom Hal Varian hat diese Position so auf den Begriff gebracht: "Je mehr man von Wirtschaft versteht, desto weniger revolutionär erscheint dies alles. Der große wirtschaftliche Umbruch in der Netzwelt läßt auf sich warten."

Beide Sichtweisen sind berechtigt, sogar notwendig, weil sie auf unterschiedliche Aspekte und verschiedene Geschwindigkeiten eines einheitlichen Prozesses verweisen. Die Politik hat so große Gestaltungsspielräume, sie kann Pragmatisches und Visionäres miteinander verbinden. Ich habe nicht den Eindruck, daß die bundesdeutsche Politik diese Spielräume nutzt: Sie verkennt ein treibendes Moment der neuen Onlineökonomie und übersieht so einen bestimmten Teil der sozialen Dynamik, die das Netz entwickelt. Am sichtbarsten vielleicht wird dieses Unverständnis an der Neuformulierung des Urheberrechts. Denn das Urheberrecht hat sich von einem Rechtsgebiet, das nur wenigen eingeweihten Spezialisten eingängig war, zu der wahrscheinlich entscheidenden rechtlichen Kategorie der Informationsgesellschaft entwickelt.

Die Entwicklung freier Software als Beispiel

LINUX ist das nach WINDOWS am meisten verbreitete Betriebssystem. Schätzungen gehen von etwa sechs Millionen Installationen aus. In der fachlichen Bewertung gilt LINUX als ein Produkt, das allen anderen Betriebssystemen mindestens gleichwertig ist. LINUX ist besonders populär unter Internet-Software-Entwicklern, wird aber wegen seiner hohen Qualität auch von staatlichen und nichtstaatlichen Stellen in der ganzen Welt eingesetzt — darunter für sicherheitskritische Kommandosysteme der amerikanischen Armee.

LINUX ist eine freie Software, die unter der sog. "allgemeinen öffentlichen Lizenz" [GNU General Public License] entwickelt und vertrieben wird. Diese Lizenz kehrt gewissermaßen das klassische Urheberrecht um: Sie schützt die Software davor, daß ihrer Nutzung, Verbreitung und Veränderung technisch und rechtlich ein Riegel vorgeschoben wird.

Es gibt über LINUX hinaus eine große Anzahl freier Software, ohne die das Internet in seiner heutigen Gestalt nicht betrieben werden könnte: Das Spektrum erfaßt einen großen Teil der Server Software, die Software für die meisten Mailing Lists und Usenet Newsgroups und das Internet Domain Name System, das nahezu vollständig von freier Software abhängig ist. Auch viele Software-Entwicklungswerkzeuge sind freie Software, ohne die kommerzielle Software in großem Umfang nicht lauffähig wäre. Das Internet ist, so gesehen, wesentlich ein Ergebnis freier Softwareentwicklung — die freien Quellen im Netz überwiegen die kommerziellen bei weitem.

Wesentlich für den Erfolg von LINUX und anderer freier Software ist das Entwicklungsmodell. Der finnische Student Linus Torvalds, der die Entwicklung von LINUX 1991 angestoßen hat, beteiligte von Anfang an eine Vielzahl von Fachleuten, die natürlich über das Internet miteinander verbunden waren, in aller Welt an der Programmentwicklung. Alle Beiträge waren unentgeltlich. Entstanden ist so ein "riesiges Unternehmen ohne Mauern, ohne Aktionäre, ohne Gehälter, ohne Werbung und Einkommen" (Le Monde), ein Unternehmen, das mit einer einfachen Methode das Produkt immer besser gemacht hat: Jeder macht Anstalten, LINUX zu verbessern und jeder bekommt das bessere Ergebnis zurück.

Im Januar dieses Jahres hat das kalifornische Unternehmen Netscape, das den längere Zeit marktführenden Internet-Browser herstellt, das dezentralisierte Entwicklungsmodell von LINUX übernommen und den Quellcode des Browsers freigegeben. So kann jeder in der Welt den Browser weiterentwickeln, ohne gegen Urheberrechte des Herstellers zu verstoßen.

Ähnliches ließe sich über eine Reihe von zumeist US-amerikanischen Datenbanken und ungezählten Webseiten berichten: Ihre Qualität übertrifft oft die Qualität kommerzieller Produkte bei weitem und der Zugriff ist kostenlos.

Es verblüfft, daß diese Erfolgsstory weder für Ökonomen noch für Juristen, die ökonomische Modelle rechtlich umzusetzen hätten, von Interesse zu sein scheint. In den einschlägigen ökonomischen und juristischen Fachzeitschriften wird das Thema freier Software praktisch nicht behandelt. Auch die Presse, die ihre Leser längst mit eigenen Informatikseiten bedient, beschäftigt sich fast ausschließlich mit kommerzieller Software.

Dabei liegen einige Fragen auf der Hand:

Woher nehmen die Entwickler freier Software ihre Motivation, wo liegt also die ökonomische Vernunft dieses Vorgehens?

Was haben die Entwicklungsmodelle von LINUX und dem Netscape-Browser gemeinsam?

Was kann man aus diesem Modell für die Entwicklung und Steuerung [Governance] der Informationsgesellschaft insgesamt lernen?

Ist unsere Ökonomie auf einem Auge blind?

Offensichtlich werden im Netz große Werte erzielt, die aber mit Geld nichts, oder doch praktisch nichts zu tun haben. Andererseits muß auch Linus Torvalds, der natürlich inzwischen weltberühmt ist und in der Genialität seines Konzepts durchaus mit Bill Gates auf einer Stufe steht, das Geld für seine Pizza von irgendwo und irgend jemand herbekommen. In einem vor kurzem erschienenen Interview hat er auf die Frage nach dem ökonomischen Antrieb für die kostenlose Programmierarbeit eine verblüffende Antwort gegeben: "Die meisten Programmierer [inzwischen auch Entwickler und Betreiber von Datenbanken, B.L.] programmieren nicht, weil sie Geld oder besonderes Lob von der Öffentlichkeit erwarten. Sie programmieren, weil es Spaß macht zu programmieren." Sein Geld habe er als Assistent an der Universität Helsinki verdient.

In diesem ökonomischen Mikrokosmos führt also minimaler Einsatz von Ressourcen (Assistentengehalt, Transaktionskosten im Internet) zu einem maximalen Ergebnis. Im Gegensatz dazu entwickelt Microsoft als absoluter Marktführer und Quasi-Monopolist mit hohem Kapitaleinsatz Produkte, die in ihrer Qualität vermutlich sogar schlechter sind. Man kann sagen, daß dieses Modell auf alternative Entwicklungspfade in der Marktwirtschaft verweist und vielleicht deshalb von der Fachöffentlichkeit noch nicht zur Kenntnis genommen wird. Statt dessen ist diese Fachöffentlichkeit im Bündnis mit der deutschen und europäischen Politik dabei, die Entwicklungsstrategie von Microsoft & Co mit Hilfe des Urheberrechts zu verfestigen.

Das klassische Urheberrecht ist in seiner ökonomischen Wirkung ein temporäres Monopolrecht. Durch gezielte Wettbewerbsbeschränkungen, die dem Schöpfer geistiger Werke eingeräumt werden, will man Wettbewerb ermöglichen. Der europäische Gesetzgeber und in seinem Gefolge Deutschland haben schon früh die ökonomische Relevanz der Informatik mit ihren Produkten erkannt und entsprechende Regelungen erlassen: Eine Computerprogramm-Richtlinie; eine Vermietrechts-Richtlinie, Kabel- und Satelliten-Richtlinie, Schutzdauer-Richtlinie und Datenbank-Richtlinie; eine Richtlinie, die den Rahmen für das europäische Urheberrecht setzen will, ist in der Diskussion. Das ökonomische Modell dieser Konzepte unterstellt, daß Geist eine knappe Ressource ist, dessen Entfaltung durch besondere Wettbewerbsbeschränkungen geschützt werden muß. Im klassischen Konzept mußten geistige Werke eine bestimmte "Schöpfungshöhe" vorweisen können, um in den Genuß der urheberrechtlichen Monopolrechte zu kommen. Inzwischen ist dies Einschränkung weitgehend aufgegeben worden, insb. im sog. sui generis Schutz von Datenbanken, der durch das neue Informations- und Kommunikationsdienstegesetz (IuKDG) des Bundes schon in deutsches

Recht umgesetzt wurde. Ein prinzipieller Unterschied zwischen einem Autor wie Goethe mit seinem Faust und einer Firma, die ein Telefonbuch herausgibt, wird nicht mehr gemacht. Diese Regelungen haben für das Internet — zur Wiederholung die Basisstruktur der Informationsgesellschaft — nachgerade absurde Konsequenzen: Fast jede Sammlung von Hyperlinks und die meisten Zusammenstellungen von Informationen aus Homepages unterstehen damit dem Schutzregime des seit 1.1.1998 geltenden Urheberrechts. Es gewährt dem Datenbankhersteller etwa ein 15 Jahre währendes Recht, die Datenbank zu verändern, zu vervielfältigen etc. Mir kommt es hier weniger auf den verfassungsrechtlichen Gehalt dieser Regularie an, denn man könnte mit guten Gründen einen Verstoß gegen die Informationsfreiheit annehmen. Wichtig ist mir der Hinweis auf das problematische ökonomische Modell, das diese Regularien abbildet. Urheberrechte sind geschichtlich entstanden aus dem stetigen Kampf der Schöpfer geistiger Werke gegen die Willkür des jeweiligen Souveräns. Autoren sollten ihre Rechte aus sich selbst erhalten und mit ihren Werken auch verdienen können. Am Ende dieses Kampfes stand 1883 die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, die das Prinzip freien geistigen Schaffens weltweit legitimierte und ökonomisch hoffähig machte.

Die erwähnten Richtlinien und Gesetze haben nun diesen Ansatz nach der Formel Onlinerecht = Offlinerecht im großen und ganzen unverändert auf Software, Netze und Datenbanken übertragen. Es gibt jetzt aus der Sicht des Urheberrechts keinen prinzipiellen Unterschied mehr zwischen Goethes Faust, dem WINDOWS NT-Betriebssystem und einer strukturierten Linksammlung auf meiner Homepage. Vor einer solchen Entwicklung hatte der Supreme Court der Vereinigten Staaten in seiner berühmten "Feist-Entscheidung" von 1991 noch gewarnt. Der Einsatz von noch soviel Kapital für die Entwicklung eines Produktes könne keine Rechtfertigung für die Begründung von Urheberrechten sein.

Die aktuelle Rechtsentwicklung in der Welt hat zwar diese Warnung außer acht gelassen, doch zeigt ein so hochrangiges Votum immerhin, daß auch andere Fachleute eine grundlegende systemische Fehlentwicklung befürchten. Dabei ist die ökonomische Rationalität der Supreme Court-Entscheidung offensichtlich. Der Wettbewerb um immer höhere Qualität muß nicht durch Urheberrechte geschützt werden. Im Gegenteil: Hohe Qualität wird durch Urheberrechte verhindert. Wo es unbillig zugeht, kann Lauterkeitsrecht oder irgendein anderes neues Rechtsgebiet Abhilfe schaffen. So hat es den Anschein, als würde der vorhandene Regulierungsansatz die jetzt schon Starken begünstigen. Netscape hat ja sicher nicht aus purer Menschenfreundlichkeit die LINUX-Entwicklungsstrategie übernommen, sondern es hat nach einem Weg gesucht, sich aus der Umklammerung durch

den übermächtigen Wettbewerber Microsoft zu lösen. Die Firma verspricht sich durch eine freie Softwareentwicklung des Browsers natürlich Gewinne in anderen Geschäftsbereichen. Diese Strategie kann jedenfalls nur dann aufgehen, wenn das Endprodukt besser als Konkurrenzprodukte ist und so das gewinnbringende Image für Netscape erhöht.

Internet Governance statt starrer rechtlicher Regularien

Man erkennt an diesem Beispiel, daß es sich bei den unterschiedlichen Entwicklungsstrategien nicht um die allseits bekannte Kampf-Marktwirtschaft gegen staatlich regulierte Wirtschaft handelt, denn beide Strategien können miteinander verbunden werden. Ob diese Verbindung im erwähnten Fall die zukunftsweisende Variante ist, läßt sich gegenwärtig nicht beweisen. Ich neige dazu, sie zu bejahen: Denn die LINUX-Entwickler und viele andere moderne Unternehmen haben ein entscheidendes Moment der Informationsgesellschaft besser als andere verstanden und umgesetzt. Das Netz wird nicht nur zur Datenübertragung genutzt wie beim herkömmlichen Geschäftsverkehr, sondern seine dezentrale Struktur ist Moment der Produktion von Dienstleistungen selber. In diesem Sinne ist das Netz der Markt, ein Markt, den die vielen Menschen auf der Welt bilden. Natürlich wird dieser Markt wie andere auch ohne Regeln nicht funktionieren können. Es gibt aber gute Gründe für die Annahme, daß klassische Regulierungsansätze dieser neuen Wirklichkeit nicht mehr gerecht werden. In der internationalen Diskussion ist es üblich geworden, die nötige andere Sicht durch den Begriff Internet Governance auszudrücken. Dieser Begriff betont die weichen Übergänge zwischen verschiedenen Regulierungstypen, sieht Selbstregulationsmechanismen und technologische Lösungen vor und legt geringeren Wert auf rechtliche Regeln. Deutschland und die Europäische Union täten gut daran, diese Philosophie mindestens solange zu übernehmen, wie das Netz sich in der augenblicklichen Dynamik entwickelt. Hierfür gibt es nicht nur ökonomische Gründe — die Menschen, die schon in der Informationsgesellschaft angekommen sind, sind nicht mehr die gleichen, die die Industriegesellschaft am Laufen gehalten haben.

Manuel Castells habe ich mit dem Satz zitiert: Ich denke, also produziere ich. Wo alle denken und nicht nur Goethe, besteht kein Grund, durch Monopole Denkverbote zu errichten.